

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Annette Karl

Abg. Alexander König

Abg. Martin Stümpfig

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Christian Klingen

Abg. Klaus Adelt

Abg. Albert Duin

Abg. Raimund Swoboda

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.

a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung der Bayerischen Bauordnung

Abschaffung der sog. 10H-Regelung (Drs. 18/16896)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. Zur Begründung erteile ich Frau Kollegin Annette Karl für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ganz ehrlich, manchmal fühle ich mich, wie sich Cato vor dem römischen Senat mit seinem "Ceterum censeo" gefühlt haben muss. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt wichtige politische Forderungen, die es wert sind, immer wieder wiederholt und gestellt zu werden, bis es alle begriffen haben und handeln. Momentan ist das Thema die Herausforderung der nächsten Jahrzehnte, nämlich der Klimaschutz und damit verbunden die Frage: Wie schaffen wir es, die Lebensgrundlagen unserer Kinder und Enkel zu schützen? Wie reduzieren wir endlich effektiv den CO₂-Ausstoß? – Heute ist es ganz konkret die Frage: Wie bekommen wir den nötigen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien hin?

Dass wir diesen massiven Ausbau brauchen, dürfte sich mittlerweile überall herumgesprochen haben. Auch die neueste Studie vom DIW hat gezeigt, dass der Strombedarf in Bayern trotz aller Einsparungsbemühungen nicht sinken, sondern massiv steigen wird. Die Gründe dafür sind zahlreich. Ich nenne nur einige: der zunehmende Einsatz von Wärmepumpen, die in der Wärmeversorgung sehr effizient sind, aber eben auch Strom verbrauchen; der Einsatz von Strom im Verkehr und in der Industrie bei der Herstellung synthetischer Energieträger sowie für Kryptowährungen. Letztere werden oft vernachlässigt. Der jährliche Energieverbrauch von Bitcoin beläuft sich momentan auf

knapp 115 Terawattstunden. Zum Vergleich: Hamburg hatte 2018 einen Bedarf von 0,4 Terawattstunden, Deutschland von 517 Terawattstunden.

Das größte Potenzial der erneuerbaren Energien läge in Bayern bei der Windkraft; denn Bayern generiert von allen Flächenländern die geringste Energiemenge je Quadratkilometer aus Windkraft. Ich sage deshalb "läge", weil die Windkraft in Bayern seit Jahren staatlicherseits zum Erliegen gebracht worden ist. Damit wären wir jetzt beim Stichwort des Tages, der 10-H-Regel. Sie wurde als Schnellschuss vom damaligen Ministerpräsidenten Seehofer mit dem Ziel kreiert, die Akzeptanz von Windrädern zu erhöhen. Jahre später zeigt sich, dass unsere Befürchtungen richtig waren. Die 10-H-Regel hat nicht zu mehr Akzeptanz von Windrädern geführt. Allerdings ist dafür der Bau praktisch zum Erliegen gekommen. Eine aktuelle Umfrage zur Akzeptanz stellt fest: 80 % der Bevölkerung stören sich gerade nicht an Windrädern in der Umgebung, und 62 % der Bevölkerung sprechen sich für standortspezifische Abstände aus, also für Lösungen vor Ort unter Einbezug von Bürgern und Umwelt und ohne starre Vorgaben.

Ministerpräsident Söder hatte 100 Windkraftanlagen in den Staatsforsten angekündigt. Ich habe eine Anfrage beim Landwirtschaftsministerium zur dort getätigten Potenzialanalyse gestellt. Ich zitiere aus der Antwort: "Dieses Potenzial wird bei den derzeit geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen als gering eingeschätzt." – Nicht ein einziger konkreter Standort wurde identifiziert. Das ist ein wirklich tolles Ergebnis für 104.000 Euro Kosten.

Minister Aiwanger meint, kontern zu können, und will 300 potenzielle Standorte im Wald ausgemacht haben. Liest man die Pressemitteilung vom 21. Juni allerdings genauer, stellt sich heraus, dass diese möglichen Potenziale auch nur dann funktionieren, wenn man 10 H mit Bauleitplanung umgeht. So bestätigt es auch Herr Droste von den Staatsforsten in selbiger Pressemitteilung: "Letztlich sind es aber planungsrechtliche Vorgaben und nicht die Bayerischen Staatsforsten, die darüber entscheiden, ob

Windräder im Wald realisiert werden können oder nicht." – Das heißt auf gut Deutsch: wieder kein Potenzial!

Natürlich kann man den Kommunen zumuten, über Bauleitplanung 10 H zu umgehen. Aber das Beispiel Sinzing zeigt: Dort gab es einen Bürgerentscheid für Windkraft – toll! Aber es dauert laut Bürgermeister zwei bis drei Jahre, bis man hier über Bauplanung zur Baureife kommt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die Zeit, die wir eben gerade nicht mehr haben. Die Natur wartet nicht, bis wir mit unserer Bürokratie in die Puschen kommen. Lassen Sie uns gemeinsam mit den Bürger*innen, mit den Kommunen und mit finanzieller Beteiligung auch der betroffenen Bürger noch einmal neu anfangen! Lassen Sie uns 10 H abschaffen und auf einvernehmliche kommunikative Lösungen setzen! Unsere Kinder und Enkelkinder werden es uns danken.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Ich eröffne jetzt die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich erteile zunächst dem Abgeordneten Alexander König für die CSU-Fraktion das Wort.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion will mit ihrem Gesetzentwurf die sogenannte 10-H-Regelung in der Bayerischen Bauordnung, die Windenergieanlagen betreffend, abschaffen. Sie begründet dies erstens damit, dass die erneuerbaren Energieträger massiv und beschleunigt ausgebaut werden müssen. Zweitens würde die 10-H-Regelung der Erfüllung der deutschen Klimaziele entgegenstehen, weil sie für den Einbruch des Windkraftausbaus verantwortlich sei.

Kolleginnen und Kollegen, richtig ist, dass wir die Erneuerbaren ausbauen müssen. Unrichtig ist die zweite Behauptung, dass der Einbruch des Windkraftausbaus allein auf die 10-H-Regelung zurückzuführen ist. Kolleginnen und Kollegen, wenn das so

wäre, dann müsste der Windenergieausbau in Ländern ohne 10-H-Regelung mit Riesenschritten vorangehen. Wenn Sie einmal genau hinschauen, ist das aber gerade nicht der Fall. Sie sehen das im Vergleich namentlich mit Baden-Württemberg, wo es bekanntlich keine 10-H-Regelung gibt.

In Bayern trägt die Windkraft 6,7 % zur Bruttostromerzeugung bei. Das sind Zahlen von 2019. In Baden-Württemberg sind es lediglich 5,1 %. In Bayern sind mehr als 2.505 Megawatt Leistung installiert. Das sind Zahlen von 2018. In Baden-Württemberg sind es lediglich 1.602 Megawatt. Wenn Sie das auf die Einwohner herunterrechnen, sind es in Bayern 191 Kilowatt pro Einwohner und in Baden-Württemberg lediglich 144 Kilowatt pro Einwohner. Das ist so, obwohl es in Bayern bereits seit 2014 die von Ihnen viel kritisierte 10-H-Regelung gibt, nicht aber in Baden-Württemberg.

Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich liegen die Herausforderungen nicht nur in der Genehmigung von Windenergieanlagen, sondern vor allem auch in der Ausschreibung der Windenergie. Wie Sie wissen, erfolgt diese auf Bundesebene. Hier haben sowohl Bayern als auch Baden-Württemberg in den letzten Jahren gegenüber den nördlichen windhöffigeren Ländern in aller Regel schlecht abgeschnitten, um nicht zu sagen den Kürzeren gezogen.

Die von der CSU betriebene Einführung einer Südquote im EEG 2021 verbessert die Ausgangslage. Gleichwohl müssen wir sehen, dass wir auch bei der ersten Ausschreibungsrunde 2021 nicht erfolgreich waren. In der zweiten Ausschreibungsrunde 2021 hingegen konnten für Bayern drei Projekte mit zusammen sechs Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 24,4 Megawatt gewonnen werden. Baden-Württemberg hat in derselben Ausschreibung eine Gesamtleistung von 20,4 Megawatt gewinnen können. Auch dieses Ergebnis zeigt, dass 10 H eben gerade keinen Unterschied macht.

Kolleginnen und Kollegen, unabhängig von alledem halten wir als CSU an der 10-H-Regelung fest, weil wir weiterhin davon ausgehen, dass mit vorhabenbezogenen Be-

bauungsplänen Windenergieanlagen am allerbesten verwirklicht werden können. Die CSU schätzt den Sachverstand der Bürgermeister und Gemeinderäte vor Ort in den Bebauungsplanverfahren. Wir nehmen das Fachwissen der Träger öffentlicher Belange ernst, das nur in einem Bauleitplanverfahren Eingang finden kann.

Kolleginnen und Kollegen, vor allem setzen wir weiterhin auf Bürgerbeteiligung. Wir wollen, dass die berechtigten Belange der Bürgerinnen und Bürger, die sich von Windenergieanlagen betroffen fühlen, auch berücksichtigt werden. Das ist nun einmal am besten im Rahmen der Bauleitplanung mit einem entsprechenden Flächennutzungsplan und idealerweise auch mit der Verwirklichung von Windenergieanlagen im Rahmen vorhabenbezogener Bebauungspläne möglich.

Sie hingegen, die SPD, wollen das, wenn Sie die 10-H-Regelung in Wegfall bringen wollen, logischerweise alles nicht. Sie setzen also weder auf die besondere Kenntnis der Bürgermeister und Räte vor Ort, noch nehmen Sie Rücksicht auf die Träger öffentlicher Belange, und schon überhaupt nicht scheint es Ihnen darauf anzukommen, was die Bürger dazu sagen; Bürgerbeteiligung scheint bei Ihnen hier keine Rolle zu spielen. Ich frage Sie: Warum eigentlich nicht? Ist es denn nicht so, dass die Bauleitplanung, dass Flächennutzungspläne, dass Bebauungspläne bei jeder Fabrik, bei jedem Kraftwerk, bei jeder größeren Anlage eine Selbstverständlichkeit sind? Warum soll das, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, nicht für Windenergieanlagen gelten, die auch größere Bauwerke sind?

Wir sind für die 10-H-Regelung – ich wiederhole mich hier; ich habe das vor langer Zeit schon einmal gesagt –, weil uns – ich gebe es zu – bisher nichts Besseres als die 10-H-Regelung eingefallen ist, um die berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen – Ihnen leider auch nicht. Wir sehen, dass es funktioniert. Zugegeben ist dies aufwendiger als ohne Bebauungsplan, aber es ist auch notwendig angesichts der widerstrebenden Interessen, die es in einem so dicht besiedelten Land wie dem unseren logischerweise gibt. Wir sind für die Verwirklichung von Windener-

gieanlagen mit Bebauungsplänen, weil wir auch beim Ausbau der regenerativen Energieträger für die Mitmachdemokratie sind.

Die SPD – das will ich hier einmal ganz plakativ sagen – stellt sich hier als Interessenvertreterin der Projektanten, der Investoren und der Grundstückseigentümer dar; ich hätte fast gesagt: Die Genossen wollen die Kapitalisten gegenüber den kleinen Leuten bevorzugen, die keine Chance auf Berücksichtigung ihrer Interessen mehr haben, wenn es kein Bauleitverfahren und keinen Bebauungsplan gibt.

(Beifall bei der CSU)

Ihnen sind diese berechtigten Interessen offensichtlich egal. Uns sind sie nicht egal. Sie treten hier für eine bürgerferne, für eine bürgerfeindliche SPD-Ideologie ein. Wir treten weiter für bürgernahe, für bürgerfreundliche Politik ein.

Wir halten an der 10-H-Regelung fest. Natürlich gibt es eine weitere Beratung, aber es wäre ein Wunder, wenn in den Ausschussberatungen etwas anderes herauskäme.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Annette Karl von der SPD-Fraktion vor, der ich hiermit das Wort erteile.

Annette Karl (SPD): Herr Kollege König, entweder haben Sie mir nicht zugehört oder Sie sind zu unflexibel, um nach dem Gehörten Ihre Rede die Richtigkeit berücksichtigend entsprechend abzuändern. Ich habe ausdrücklich betont, wie sehr uns an Bürgerbeteiligung, auch an finanzieller Beteiligung der Bürger gelegen ist. Allerdings sehen wir das Bauleitverfahren und den Flächennutzungsplan als ein zu umständliches, zu bürokratisches System an. Wir müssen ja schnell mehr erneuerbare Energien entwickeln. Deshalb bitte ich Sie schon, hier einen nicht misszuverstehen und Dinge zu kritisieren, die niemand gesagt hat. Das mögen Sie gerne mögen; ich aber nicht.

Alexander König (CSU): Sehr geehrte Frau Kollegin Karl, Sie wissen, dass ich Ihnen immer zuhöre, sowohl hier im Plenum als auch im Ausschuss, und ich höre Ihnen auch gerne zu, und oft kann ich Ihnen sogar zustimmen. In diesem Punkt kann ich Ihnen aber überhaupt nicht zustimmen, weil es eben nicht reicht, ein Lippenbekenntnis für die Bürgerbeteiligung abzugeben. Man muss sie auch tatsächlich praktizieren. Praktizieren können Sie sie in diesem Zusammenhang eben nur, wenn Sie Windenergieanlagen im Rahmen einer Bauleitplanung mit Flächennutzungsplänen und mit vorhabenbezogenen Bebauungsplänen realisieren.

Sie sprechen von Bürgerbeteiligung; nur: Wie soll denn diese Bürgerbeteiligung aussehen? Diese gibt es in Ihrem Fall nicht. Der vor Ihnen sitzende Kollege Adelt aus meinem Stimmkreis Hof kann Ihnen das bestätigen; er hat einschlägige Lebenserfahrungen dazu, wie es bei diesem Thema mit der Bürgerbeteiligung aussah. Vor der 10-H-Regelung hatten die Leute überhaupt keine Möglichkeit, sich gegen eine Anlage zu wenden, ihre Interessen einzubringen. Sie hatten nicht den Hauch einer Chance, auch wenn ihnen Windenergieanlagen der Südachse vor ihre Terrasse gesetzt wurden, –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Alexander König (CSU): – dass ihre Einwände überhaupt nur gehört wurden.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Martin Stümpfig. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sieben Jahre nach Einführung der 10-H-Regelung steht die Regierung aus CSU und FREIEN WÄHLERN vor dem Scherbenhaufen ihrer Energie- und Klimapolitik. Die erneuerbaren Energien gehen zurück. Wir brauchen immer mehr Stromim-

porte. Die Windkraft ist bei null. Im ersten Quartal dieses Jahres wurde kein einziger Genehmigungsantrag gestellt, im letzten Jahr nur drei Stück. Baden-Württemberg, Herr König – das nur am Rande –, hat ein Vielfaches an Genehmigungsanträgen.

Die Windkraft ist die große Säule der erneuerbaren Energien der Zukunft, und deswegen – das wird Sie nicht überraschen – sagen wir ganz deutlich: 10 H muss abgeschafft werden, je früher, desto besser.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mich schockiert schon, dass Sie eine solche Unkenntnis haben, Herr König. Das Bundes-Immissionsschutzgesetz sagt ganz klar, wie ein solcher Planungsprozess abzu-
laufen hat. Ich war elf Jahre in einer unteren Immissionsschutzbehörde tätig; wir haben Windkraftanlagen genehmigt. Natürlich gibt es eine Beteiligung. Wir haben im Regionalen Planungsverband gemeinsam mit den Kommunen Standorte entwickelt und ausgearbeitet. Das hat alles perfekt funktioniert, bis Sie mit Ihrer idiotischen 10-H-Regelung kamen. Seitdem ist in Bayern die Windkraft tot. Das kann so nicht mehr bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben am 8. Juni dieses Jahres einen Gesetzentwurf eingebracht, in dem es genau darum geht, nämlich unser Klimaschutzgesetz. Wir werden heute natürlich auch dem SPD-Gesetzentwurf zustimmen. Ein kurzer Hinweis: Artikel 82 Absatz 5 der Bayerischen Bauordnung sollte beibehalten werden, weil es darin nicht um die Windkraft, sondern um landwirtschaftliche Gebäude geht. Das sage ich aber nur am Rande.

Wir haben innerhalb der Umweltbewegung zusammen mit der Wirtschaft einen Schul-
terschluss. Umweltbewegung und Wirtschaft sind ganz klar pro Windkraft. Wir haben in Ebersberg und in Sinzing zwei Bürgerbegehren gehabt, die klar pro Windkraft ausgegangen sind. Die Bürgerinnen und Bürger in Bayern haben verstanden, dass die

Sturzflut, die Hitzewellen, die Schäden in unseren Wäldern einen Zusammenhang mit der Verbrennung fossiler Rohstoffe haben und dass ein "Weiter so" einfach nicht mehr funktioniert. Auch die Gerichte sagen ganz klar: Wir brauchen mehr Klimaschutz. Sie von der CSU und von den FREIEN WÄHLERN sind die Einzigen, die noch nicht verstanden haben, dass wir mehr erneuerbare Energien brauchen, dass wir auf Windkraft setzen müssen, dass die Blockade endlich ein Ende haben muss und dass 10 H abgeschafft werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann in diesem Zusammenhang die großspurigen Worte von Ministerpräsident Söder einfach nicht mehr hören. 100 Windkraftanlagen in den bayerischen Staatsforsten hat er vor zwei Jahren angekündigt. In den Staatsforsten hätte er direkte Zugriffsmöglichkeiten. Die Antwort auf meine Anfrage, die ich vor wenigen Wochen bekommen habe, war: Nichts ist passiert! Keine einzige Windkraftanlage in den bayerischen Staatsforsten! So viel zur Glaubwürdigkeit von Herrn Söder.

Herr Aiwanger und Sie feiern jetzt die sechs Windkraftanlagen, die Bayern bei der letzten Ausschreibung gewonnen hat. Alle Windkraftanlagen, die in den letzten Jahren, ausgenommen 2017, bei den Ausschreibungen ins Rennen gingen, haben den Zuschlag bekommen. Herr König, es liegt also nicht an den Ausschreibungen – alle Anlagen, die ins Rennen gingen, haben gewonnen –, sondern es liegt einzig und allein an 10 H. Deswegen muss 10 H abgeschafft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wirklich sehr amüsant – darüber muss man wirklich lachen – ist Haltung der CSU beim Zusammenhang zwischen Abstand und Akzeptanz. Da hat doch tatsächlich derjenige, der diese Regelung erfunden hat, Herr Seehofer, vor drei Jahren bei einer Anfrage im Bundestag, die sein Innenministerium beantwortet hat, zugeben müssen, dass es keinen Zusammenhang zwischen einer Abstandsregelung wie 10 H und der Akzeptanz gibt. Es gibt keinen Zusammenhang. Vielmehr hängt dies davon ab, wie die

Bürger beteiligt werden, wie transparent das Genehmigungsverfahren ist, wie der Planungsprozess verläuft usw. Das sind die Rahmenbedingungen. Man kann nicht pauschal Abstand und Akzeptanz in Zusammenhang bringen. Deswegen ceterum censeo: 10 H muss abgeschafft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Windkraftanlagen sind Hightech. Wir haben einen Quantensprung. Auch bei durchschnittlichen Windverhältnissen, wie wir sie in Bayern oft vorfinden, können mit den neuen modernen Schwachwindanlagen 10, 11, 12 Millionen Kilowattstunden sauberer Strom pro Jahr erzeugt werden. Das bedeutet eine Einsparung von 4.000 bis 5.000 Tonnen CO₂ jedes Jahr – durch eine Windkraftanlage! Das ist Hightech à la Bayern.

Was aber passiert aufgrund der 10-H-Regelung? Es gibt viele Unternehmen, die ihre Niederlassungen aus Bayern abgezogen haben oder gerade aus Bayern weggehen, das heißt, die Bayern den Rücken kehren. So gehen Sie mit Hightech in Bayern um. Deshalb sagen wir ganz klar: 10 H muss abgeschafft werden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend kurz zu dem Thema Wasserstoff: Die Wasserstofftechnologie wird dorthin gehen, wo der Wind genutzt wird. Für Wasserstoff braucht man viel erneuerbare Energie, das heißt viele Jahresstunden. Dafür reicht die Photovoltaik nicht aus. Die Windkraft bietet 2.500 Jahresstunden. Ich wiederhole: Einem Bundesland wie Bayern mit einer Stromimportquote von bald 50 % wird die Wasserstofftechnologie den Rücken kehren. Sie können noch so viele Steuermillionen hinterherwerfen – die Wasserstofftechnologie wird dorthin gehen, wo mehr erneuerbare Energien produziert werden.

Deshalb sage ich es zum sechsten und letzten Mal heute – ich hoffe, Sie haben die Botschaft verstanden –: 10 H muss abgeschafft werden!

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen zwei Meldungen für Zwischenbemerkungen vor, die erste von Herrn Prof. Ingo Hahn, Vorsitzender der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Stümpfig, Sie haben keine andere Agenda, als das immer wieder stumpf zu wiederholen; Sie selbst haben gesagt, dass Sie es sechsmal wiederholt hätten. Inhaltlich ist das, was von Ihnen von den GRÜNEN sowie von der SPD dazu vorgetragen wird, sehr, sehr dünn. Sie achten nämlich, wenn Sie die 10-H-Regelung in Bayern abschaffen wollen, weder die Gesundheit der Menschen noch die der Tiere; ja, Sie achten nicht einmal das Leben der Tiere, speziell der Flugtiere. Wenn Sie die 10-H-Regelung abschaffen wollen, dann ist völlig klar, dass Sie die gesundheitlichen Gefahren durch Schattenschlag und Lärmemission an die Menschen in Bayern, an die Bayerinnen und Bayern, herantragen wollen. Sie setzen deren Gesundheit aufs Spiel. Sie setzen auch das Leben von Hunderttausenden Vögeln und Fledermäusen aufs Spiel. Und Sie wollen in die letzten Naturreserve, die wir in Bayern haben – die Staatsforsten; das sagen Sie selbst –, diese riesigen Industrieanlagen hineinsetzen.

Sie haben gesagt, Sie hätten diese Windkraftanlagen früher selbst genehmigt. Ich frage Sie hier: Sind Sie eigentlich ein Lobbyist? Wollen Sie hinterher in diesen Beruf zurück, in dem Sie dann wieder Ihre Windkraftanlagen genehmigen lassen können?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Beantworten Sie uns das einmal!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön. – Herr Stümpfig, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Zu Personen oder Fraktionen, die die Atomkraft befürworten, aber dann behaupten, der Schattenwurf einer Windkraftanlage – der laut Bundes-

Immissionsschutzgesetz auf maximal 30 Minuten pro Tag und 30 Stunden pro Jahr an einem Immissionsort beschränkt ist – und der Lärm seien so dramatisch, obwohl es auch klare Vorgaben zum Lärmschutz gibt, möchte ich gar nichts mehr sagen. Sie werfen alles in einen Topf. Zu Atomkraft sagen Sie Ja; aber der Schattenwurf der Windkraftanlagen sei dramatisch. Sie haben hierzu null Kompetenz, und Sie haben auch nichts zu sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Alexander König, CSU-Fraktion, bitte.

Alexander König (CSU): Herr Stümpfig, da Sie dazu neigen, allgemeine Behauptungen in den Raum zu stellen, zum Beispiel, dass in Baden-Württemberg eine Vielzahl von Anlagen genehmigt worden seien,

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Anträge!)

aber ich nicht wage, darauf zu vertrauen, dass Sie in der Lage sind, die tatsächlichen Zahlen zu nennen, will ich Sie Ihnen gleich noch einmal nennen:

Im Jahr 2020 wurden in Bayern vier Windenergieanlagen genehmigt; acht Anlagen gingen in Betrieb. Im ersten Quartal 2021 wurden in Bayern vier Windenergieanlagen genehmigt. – Das, was Sie dazu gesagt haben, war also falsch.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Anträge!)

Während Frau Baerbock wenigstens richtig abschreibt, verbreiten Sie hier Fake News. Es wurden vier Windenergieanlagen genehmigt. Zurzeit laufen 20 Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen in Bayern.

Die Zahlen für Baden-Württemberg zusammengefasst – man lernt ja nie aus, Herr Stümpfig –: Im Jahr 2020 sind dort 21 Windenergieanlagen genehmigt worden; 13 gingen in Betrieb. Im Jahr 2021 sind bisher acht Windenergieanlagen genehmigt worden.

Das ist der Unterschied zwischen Baden-Württemberg und Bayern, auch was die 10-H-Regelung angeht.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr König, Ihre Redezeit!

Alexander König (CSU): Herr Stümpfig, Sie können noch so populistisch daherreden: Das ist überschaubar, würde ich sagen. Mit 10 H hat das überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Stümpfig, bitte.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr König, ich rede von Anträgen auf Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz. Den Unterschied müssen Sie einfach verstehen. Wenn ich eine Anlage bauen will, stelle ich einen Antrag nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz. Wir wissen: Wenn heute ein Antrag gestellt wird, dann ist in drei, vier, fünf Jahren die Genehmigung da; so lange dauert es leider. Dann muss die Windkraftanlage noch gebaut werden.

Wenn keine Anträge mehr in der Pipeline sind – wie aktuell in Bayern; hier waren es im ersten Quartal 2021 null und im gesamten Jahr 2020 drei; das war meine Aussage –, dann wissen wir, dass in fünf Jahren auch nichts kommen wird. Deshalb müssen wir frühzeitig 10 H abschaffen.

Meine Aussage war: Die Baden-Württemberger haben ein Vielfaches an Anträgen in der Pipeline, weil sie jetzt wirklich Schwung holen. Noch einmal: Es liegt nicht an den Ausschreibungen. Alle bayerischen Windkraftanlagen, die ab 2018 ins Rennen gingen, haben einen Zuschlag bekommen.

Zu den Projekten, die Sie aufgezählt haben, Herr König, gehören zum Beispiel die in Markt Taschendorf. Das sind Uraltprojekte, also Projekte, die lange zurückliegen. Das gilt auch für die Projekte in der Region des Kollegen Kirchner.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Stümpfig, Ihre Redezeit!

Martin Stümpfig (GRÜNE): Das alles sind Projekte, zu denen schon sehr viel erarbeitet wurde und die sich trotz 10 H noch irgendwie durchgemogelt haben.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Wir brauchen aber 200 Stück – pro Jahr!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Stümpfig. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Bayern ist übrigens doppelt so groß wie Baden-Württemberg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Rainer Ludwig das Wort.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Stümpfig, zunächst zu Ihnen: Unsere bayerische Energiepolitik als "Scherbenhaufen" zu bezeichnen, ist völlig abwegig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ein Scherbenhaufen ist vielleicht das, was Sie als GRÜNE bundesweit derzeit aufzuweisen haben. Daher sollten Sie erst einmal vor der eigenen Haustüre kehren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

In einem Punkte aber sind wir uns, glaube ich, alle einig: Die Energiewende ist die wesentliche Säule, wenn es darum geht, die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Das ist klar. Wir FREIE WÄHLER setzen hierbei schon immer kraftvoll auf einen Erneuerbare-Energien-Mix. Die Windkraft gehört natürlich dazu.

Auch uns ist bewusst, dass sich monatelang wenig bewegt hat. Deshalb muss das Thema Windenergieausbau wieder ambitioniert angegangen werden.

Ja, die Windkraft hat ein Akzeptanzproblem, aber nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland.

Ja, insbesondere 10 H löst die wohl heftigsten Diskussionen aus. 10 H ist der strittigste Konfliktpunkt, der die Bevölkerung, die kommunalen Entscheidungsträger und diverse externe Stakeholder polarisiert und spaltet.

Wir erkennen aber, dass der Windkraftausbau ebenso in den Bundesländern lahm, in denen es keine 10-H-Regelung gibt. Kollege König hat hier bereits eindrucksvoll den Vergleich gezogen; ich muss das nicht wiederholen.

Meine Damen und Herren, ich bekenne: Die FREIEN WÄHLER sind bekanntermaßen keine großen Fans von 10 H gewesen. Unsere Euphorie hielt sich schon immer in Grenzen; wir haben gegen diese Regelung sogar schon einmal geklagt.

In den Koalitionsverhandlungen 2018 aber mussten wir letztendlich einen Kompromiss eingehen. Inzwischen haben sich die Vorzeichen – wieder einmal – verändert, nicht zuletzt wegen der verschärften Maßnahmen zum Klimaschutz.

Ich sehe durchaus einen Widerspruch: Wenn unser Ministerpräsident einerseits effektiveren Klimaschutz fordert, aber andererseits nicht der Weg für einen massiveren Windkraftausbau geebnet wird, dann scheint mir durchaus eine Korrektur überfällig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich halte es deshalb für legitim und absolut richtig, dass unser Umweltminister Thorsten Glauber einen Vorstoß unternommen hat, 10 H zu kippen. Er hat schon einmal laut über die Abschaffung dieser Regelung, zumindest über eine Anpassung, nachgedacht. – Der Generalsekretär der CSU hat sofort gekontert: An 10 H wird nicht gerüttelt!

Meine Damen und Herren, das ist ein Signal, dass unser Koalitionspartner derzeit über die 10-H-Regelung nicht verhandelt. Auch das ist eine Auffassung, die es zu respektieren gilt. Fakt ist: Es gibt einen Koalitionsvertrag, in dem beide Partner sich auf 10 H verständigt haben. Wir FREIE WÄHLER stehen trotz abweichender Position nach wie vor zu unserem Wort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage es deutlich, auch mit einem Blick nach vorn: An dieser 10-H-Regelung ewig festzuhalten, das versehe ich heute mal mit einem Fragezeichen. Wir werden das sicherlich auf einen Prüfstand stellen. 10 H ist für uns nicht in Stein gemeißelt. Sollten wir bei der nächsten Wahl wieder mit ausreichend Stimmpotenzial ausgestattet sein, wovon ich fest ausgehe, werden wir die Option für ein Abrücken von 10 H oder die Aufhebung einer Windkraftbremse durchaus vorsichtig ins Auge fassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Noch aber, meine Damen und Herren, stehen wir zur aktuell geltenden bayerischen Rechtslage. Das heißt: Windkraft ist auch ohne 10 H möglich, nämlich über eine Bauleitplanung, über den Flächennutzungsplan der einzelnen Kommunen. Wir werden den weiteren Ausbau der Windkraft im Einvernehmen mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Städten und mit den Gemeinden voranbringen und diese Akteure auch an der Wertschöpfung beteiligen. Wir setzen mit der Initiative AUFWIND und unseren Windkümmerern klare Akzente. Diese bayerische Windenergieoffensive wurde gestartet, um Blockaden und Ausbauhemmnisse zu reduzieren und verbesserte Rahmenbedingungen für die Windkraft festzulegen. Wir werden auch weiterhin für die Windkraft kämpfen. Frischer Wind für Bayern, allerdings unter den genannten Aspekten Bauleitplanung, kommunale Beteiligung, Bürgerakzeptanz und Einhaltung des Koalitionsvertrages. Deshalb lehnen wir derzeit die Forderung nach Abschaffung der 10-H-Regelung ab und ebenso die gewünschte Änderung der Bauordnung.

Das sage ich in meiner Funktion als energiepolitischer Sprecher, darf Ihnen abschließend aber auch im Namen meines geschätzten Kollegen Hans Friedl aus dem Bauausschuss sagen, dass wir vom vorliegenden Antrag doch sehr überrascht sind, waren es doch gerade Sie von der SPD, die noch in der letzten Ausschusssitzung interfraktionell für eine Evaluierung der Bauordnung gestimmt haben. Jetzt schalten Sie diesen Antrag vor. Das ist schon sehr verwunderlich und für uns auch erklärungsbedürftig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste ist von Herrn Kollegen Sandro Kirchner, CSU-Fraktion.

Sandro Kirchner (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege Ludwig, erst mal vielen Dank für das Bekenntnis zum Koalitionsvertrag. Aber genauso klar war auch Ihre Aussage, die ich so verstanden habe, dass die FREIEN WÄHLER eigentlich nicht an einer 10-H-Regel festhalten wollen. Jetzt würde ich Sie aber schon fragen, wie ich das dann verstehen darf, wenn der Parteivorsitzende der FREIEN WÄHLER und gleichzeitig auch Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger öffentlich zu der Erkenntnis kommt, dass ein Ausbau der Windkraft gegen die Interessen der Bürger keinen Sinn macht und dass man die Bürgerbelange an dieser Stelle doch berücksichtigen muss. Wie geht das einher mit dem, was Sie gerade dargestellt haben?

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Kollege Kirchner, vielleicht haben wir uns da falsch verstanden. Wir bekennen uns in der Tat zum Koalitionsvertrag, zur Bürgerbeteiligung. Wir bekennen uns nach wie vor auch zum Thema Bauleitplanung. Das ist für uns die gemeinschaftlich beschlossene Lösung. Wenn Sie sagen, dass wir uns teilweise doch nicht zu 10 H bekennen, dann ist das in der Vergangenheit begründet. Wenn ich aber sage, dass 10 H für uns unantastbar ist, solange dieser Koalitionsvertrag besteht,

dann, glaube ich, ist das ein klares Bekenntnis und eine klare Ansage, wohin unser gemeinsamer Weg führt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Herr Kollege Ludwig, es ist ja schon sehr interessant, die Dispute zwischen Ihnen, also zwischen CSU und FREIEN WÄHLERN, anzuhören, weil Sie sich nicht einig sind. Für mich stellt sich schon die Frage: Wie lange wollen Sie hier verbissen an dieser Haltung, an diesem Koalitionsvertrag festhalten? Die gesamte bayerische Wirtschaft sagt mittlerweile: Wir brauchen die Windkraft. Die Umweltbewegung sagt das. Wir haben eine breite Mehrheit in der Bevölkerung – Frau Karl hat die Zahlen ja noch mal genannt –, die sagt: Ja, wir wollen das. Und Sie sagen einfach: Das ist jetzt im Koalitionsvertrag festgelegt. Sie folgen der CSU blind wie Lemminge. Ich kann das einfach nicht verstehen. Ich kann auch nicht verstehen, dass die Evaluation – es war vereinbart, nach fünf Jahren eine Evaluation zu machen, das ist jetzt sieben Jahre her – seit einem Jahr in der Schublade bei Herrn Aiwanger liegt. Das wird nicht rausgegeben. Ist das Ihr Stil, mit Windkraft umzugehen? Es gab mal eine Zeit, da haben wir gemeinsam gegen 10 H geklagt. Das ist anscheinend alles vergessen. Der Minister Glauber ist auch so weit, –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit, Herr Stümpfig!

Martin Stümpfig (GRÜNE): – dass er jetzt sagt: Die größte Hürde sind die Nachbarkommunen. Da kennt er sein eigenes 10-H-Gesetz nicht. Das ist wirklich sehr enttäuschend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Stümpfig, ich sage es noch einmal: Es gibt keinen Disput, wie das von Ihnen bezeichnet wird, zwischen CSU und FREI-

EN WÄHLERN, aber es sei schon erlaubt, dass wir in manchen Punkten unterschiedlicher Auffassung und unterschiedlicher Meinung sind. Wie das unter Partnern so ist: Man diskutiert das aus und findet einen gemeinsamen Konsens und einen gemeinsamen Weg. Das ist so. Wie es in zwei, drei Jahren weitergeht, das steht auf einem anderen Blatt. Darüber reden wir heute auch nicht. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass wir die Option prüfen werden.

Noch einmal für Sie: Wir stehen nach wie vor zur 10-H-Regelung, und wir wollen derzeit keine Abschaffung von 10 H, auch wenn die FREIEN WÄHLER hierzu in der Vergangenheit eine andere Ansicht hatten. Ich hoffe, das ist jetzt auch für Sie deutlich verständlich gewesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Annette Karl, SPD.

Annette Karl (SPD): Herr Kollege Ludwig, Sie haben in Ihrer Rede sehr gut angefangen, sind am Ende aber leider sehr abgeflacht. Ich habe drei Punkte:

Erstens. Was hier vorliegt, ist kein Antrag, sondern ein Gesetzentwurf.

Zweitens. Der Evaluation des Baugesetzbuches haben wir natürlich zugestimmt, damit wir die im Wirtschaftsministerium schmorende Studie endlich auch mal zu Gesicht bekommen.

Drittens. Meine wichtigste Frage: Herr Kollege Ludwig, wie viele Jahre haben wir denn nach Ihrer Auffassung noch Zeit, um bei dem Ausbau der erneuerbaren Energien voranzukommen? Sie stellen sich hier so tiefenentspannt hin und sagen: Na ja, vielleicht machen wir das in der nächsten Legislaturperiode mal weg. Wir in Bayern müssen bis 2030 65 % der CO₂-Emissionen einsparen. Bis 2045 müssen wir klimaneutral sein. Mit dieser tiefenentspannten Haltung werden wir das nie und nimmer schaffen, und das ist Bundesvorgabe.

(Beifall bei der SPD)

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Liebe Frau Karl, es freut mich natürlich sehr, dass Ihnen der Einstieg meiner heutigen Ausführungen so gut gefallen hat. Dass das Ende für Sie nicht mehr schön war, glaube ich Ihnen auch, weil es nämlich nicht mehr in Ihrem Sinne war. So ist das halt, wenn man in der Opposition ist, dann muss man auch mal einstecken können. Wenn ich Ihnen die Wahrheit sage, dann müssen Sie die einfach entsprechend respektieren.

Zur Zeit: Wie lange wollen wir noch warten? – Wir sind nicht tiefenentspannt, sondern wir planen sorgfältig. Ich möchte noch mal darauf hinweisen, dass es nicht nur die Windkraft gibt, sondern ich erinnere an unsere Leistungen bei den übrigen erneuerbaren Energien, insbesondere bei der Sonnenenergie, bei der Photovoltaik. Hier ist Bayern führend.

Ich sage es noch einmal: 10 H ist nicht alleine die Lösung, sondern Windkraft geht auch ohne 10 H. Welche Wege das sind, haben wir Ihnen – denke ich – ausführlich aufgezeigt. Das ist unsere Lösung für die Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ludwig. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Klingen für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Mit gutem Grund wurde 2014 die 10-H-Regelung eingeführt, denn der Gesundheitsschutz der Anwohner muss grundsätzlich Vorrang haben. Nach meiner Ansicht geht die Regelung sogar nicht weit genug, zumindest solange es keine umfangreichen wissenschaftlichen Studien gibt, die den Gegenbeweis zu den gesundheitsschädlichen Auswirkungen von Infraschall beinhalten. Bis dato sieht es allerdings nicht danach aus.

Wer in der Nähe einer Windkraftanlage wohnt, leidet übermäßig oft an gesundheitlichen Störungen wie Kopfschmerzen, Erschöpfung, Schlaflosigkeit, Atemnot, Depressionen, Rhythmusstörungen, Übelkeit, Schwindel, Ohrenschmerzen, Tinnitus, Seh- und Hörstörungen und etlichen anderen. Bisherige Studien zeigen, dass das auf die messbaren Effekte von Infraschall zurückzuführen ist. Die 10-H-Regelung, also die zehnfache Höhe eines Windrades als Mindestabstand zur nächsten Ansiedelung, ist zumindest ein minimaler Schutz der Bürger.

Denn, meine Damen und Herren, Windenergieanlagen machen Lärm, hörbaren und spürbaren. Der hörbare sollte nach Richtlinie der WHO tagsüber 45 Dezibel im Durchschnitt nicht überschreiten. Lärm von Windenergieanlagen oberhalb dieses Wertes ist mit schädlichen gesundheitlichen Auswirkungen verbunden, heißt es im entsprechenden Bericht der Weltgesundheitsorganisation. Zum Vergleich: Flüstern hat bereits 30 Dezibel, leise Radiomusik 50, ein Haartrockner 70 und eine Kreissäge 100 Dezibel. Die WHO weiter – ich zitiere –: Übermäßige Lärmbelastung ist ein echtes Gesundheitsrisiko, das unter anderem zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen beiträgt.

Noch problematischer ist allerdings der unhörbare, der tieffrequente Schall, der in der Luft eine weitaus größere Reichweite als der Hörschall hat und für Menschen wahrnehmbar ist. Dafür sorgen Mechanorezeptoren, Nervenzellen, die mechanische Kräfte in Nervenimpulse umwandeln können. Sie vermitteln Druck-, Berührungs-, Kitzel- und Vibrationsreize. Auch das menschliche Ohr ist wesentlich empfindlicher gegenüber Infraschall und tieffrequentem Schall, als bisher vermutet wurde. Über das Innenohr können diese Frequenzen sogar das Gehirn erreichen, wie sich im Gehirn-Scan nachweisen lässt.

In meinem Wahlkreis in Unterfranken wächst mittlerweile der Widerstand gegen Windkraftanlagen, und das, obwohl unser Bezirk an zweiter Stelle bei der Anzahl der Windparks steht. Es bilden sich immer mehr Bürgerinitiativen, die sich gegen die Gefahr gesundheitlicher Beeinträchtigungen, aber auch gegen die Verschandelung der Landschaft, die Zerstörung der Natur und die Gefahren für den Artenschutz zur Wehr

setzen. Denn je mehr Windräder gebaut werden, desto größer ist auch das Risiko für Vögel und Insekten. Bereits jetzt fallen jährlich Milliarden Bienen und Insekten sowie 100.000 Vögel diesem ideologischen Irrweg zum Opfer.

Im Übrigen ist auch immer noch nicht hinreichend geklärt, was eigentlich mit alten, außer Betrieb genommenen Windrädern passieren soll. Die Flügel lassen sich kaum recyceln, sind Sondermüll und werden mancherorts einfach im Boden vergraben – ein Super-GAU für den Umweltschutz. Auch der Betonsockel eines Windrades kann nur schwer rückgebaut werden und verbleibt daher häufig als Altlast einfach im Boden.

Vorschläge, wie wir mit diesem zehntausendfachen Problem umgehen sollen, lassen unsere Klimawahn-Anhänger vermissen. Es heißt immer, die AfD habe keine Lösungen. Nun, meine Damen und Herren, ich kann Ihnen sagen, was die Lösung ist: Die sauberste, sicherste, umweltverträglichste und nebenbei auch noch preiswerteste Energiegewinnung liefern Kernkraftanlagen der neueren Generation. – Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Klaus Adelt das Wort.

Klaus Adelt (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Windkraft beschäftigt mich seit 1994, und ich bin mit dem Kollegen König schon seit dieser Zeit nicht einer Meinung, was die Einschätzung betrifft. Wir haben das erste Windrad errichtet, und dann kam der Fall, dass von außen gesteuerte Meinungsma- che fast eine ganze Ortschaft zerschlagen hätte. Es war damals noch notwendig, im Regionalplan Windzonen auszuweisen. Wir haben sie schleunigst wieder eingezogen, nachdem dies zu sehr viel Ärger geführt hatte.

Bei der Energiewende ist es unumgänglich, dass sowohl Solarkraft als auch Wind- energie eingesetzt werden. Die Freien Wähler propagieren immer die dezentrale Ener-

gieversorgung. Ich frage mich nur, wie es dann nachts aussieht, wenn in Solarparks keine Sonne scheint und nichts funktioniert. Aus meiner Sicht funktioniert es nur mit der Windkraft. Wie soll es funktionieren, wenn man den Stromtrassen negativ gegenübersteht? – Es geht nicht. Deshalb ein klares Ja zur Windkraft, zur Abschaffung der 10-H-Regelung und zum Ersatz durch die BlmSch-Regelung.

Wir haben in den Jahren nach Fukushima in meiner Heimatgemeinde Windräder geplant, und die CSU und alle anderen waren einstimmig dafür. Der Schreck von Fukushima hat tief gesessen. Dann wurden die Windräder um 20 Meter höher, und sofort wurden aus diesen Windrädern Monsterräder. Dieses Bild ist von örtlichen und anderen CSUern kräftig geschürt worden. Eine normale, sachliche Bürgerbeteiligung war nicht mehr möglich, denn es ging sofort los: Wenn du für Windkraft und für dieses Windrad bist, dann bist du dagegen. Die Stimmungsmache war fantastisch. Ich war anschließend in Bayern auf Aufklärungsversammlungen unterwegs und habe dort meine Erfahrungen mit der Windkraft dargestellt. Als ich gesehen habe, welche Banner draußen aufgezogen worden sind, habe ich genau gewusst, wie die Versammlung verläuft und dass hinterher nichts mehr möglich ist, auch wenn viele Gemeindemitglieder dabei dafür waren. Deshalb muss die 10-H-Regelung weg!

(Beifall bei der SPD)

Das klingt zwar radikal, aber die Auswirkungen werden dadurch immer noch einbezogen. Es gilt immer noch die BlmSchV, die sehr eng ausgelegt wird, und die Beeinträchtigungen können zu weiten Teilen aufgefangen werden, sei es der Schattenschlag, sei es etwas anderes.

Zugegeben: Ein Windrad ist eine Veränderung in der Landschaft, darüber brauchen wir gar nicht zu sprechen. Ich selbst wohne unmittelbar in der Nähe von Windrädern, und wenn der Wind ungünstig ist, dann höre ich das Rauschen. Aber ich höre genauso das Rauschen der 5 Kilometer entfernten Autobahn, wenn der Wind richtig geht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist halt so; das kann man ertragen. Man hat dann nicht die Schmerzen, wie von der AfD geschildert. Übrigens: Die habe ich auch, wenn ich euch zuhöre.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Ach!)

Die hat man nicht. –

Aber die Energiewende funktioniert nur mit Windkraft. Im Übrigen, Kollege Ludwig: Die Lippenbekenntnisse der FREIEN WÄHLER – wir haben einmal so abgestimmt, jetzt noch mal so, vielleicht sind wir dafür –: Hut ab vor eurem Umweltminister Glauber, der dazu steht und das erkannt hat. Davor habe ich höchsten Respekt. Aber vor den Wackeldackeln, die in der einen Wahlperiode so reden und in der anderen so, habe ich keinen Respekt. Dies mit der Opposition zu begründen – selbst, wenn ich in der Regierung wäre, würde ich die Windkraft befürworten, weil ich sie bei der Energiewende für ganz dringend notwendig halte. Ich habe etwas dagegen, dass man 50 Hektar zusammenhängende Solarflächen hoch lobt. Das wäre mit vier Windrädern allein machbar. Das wird befürwortet. Das ist für mich eine widersprüchliche Haltung, und diese halte ich nicht für gut.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Adelt!

Klaus Adelt (SPD): Lasst uns den Gordischen Knoten durchschlagen und eine vernünftige Regelung finden statt 10 H. Dann kommen wir zu einer vernünftigen Energiewende.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Alexander König von der CSU-Fraktion.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, lieber Klaus, darf ich sagen, wir kennen uns wirklich schon lange und haben das seinerzeit alles miteinander erlebt. Es stimmt ja, was du gesagt hast. Die Emotionen gingen hoch, und es wurde bei den von

dir angesprochenen Windrädern in deinem damaligen Gemeindebereich als Bürgermeister wirklich oft bis auf Messers Schneide gekämpft. Nur, Tatsache ist auch: Es gab damals noch keine 10-H-Regelung, und einmal ganz ehrlich: Wenn es ein ordentliches Verfahren gegeben hätte im Rahmen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für das eine und für die anderen Windräder, wäre es dann nicht viel geordneter abgelaufen? Hätte es dann nicht eine geordnetere Bürgerbeteiligung gegeben? Hätte es nicht eine geordnetere Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gegeben? – Ich glaube schon. Gerade aus deiner Erfahrung heraus, Klaus, glaube ich, müsstest du dafür sein, dass wir Windräder – wir sind ja miteinander für Windräder – in Verfahren mit vorhabenbezogenen Bebauungsplänen realisieren.

Klaus Adelt (SPD): Kurze Antwort darauf: Vorhabenbezogene Bebauungspläne sind sehr umfangreich, und häufig kommen die Gegenstimmen gegen diese vorhabenbezogenen Bebauungspläne von auswärts, von sonst woher, aber nicht von den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Das sage ich auch klipp und klar. Sehr oft wird Angst geschürt. Wenn ich daran denke, dass man damals gesagt hat, in der Nähe von Windrädern würden nur noch weiße Kälber geboren, so höre ich jetzt dasselbe Argument bei der Starkstromtrasse, und das ist von außen gesteuert und nicht objektiv. Deshalb, sage ich, sind die vorhabenbezogenen Bebauungspläne von vornherein zum Scheitern verurteilt.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Adelt. – Nächster Redner ist Herr Kollege Albert Duin für die FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr wisst, dass ich immer für die 10-H-Regelung war. Ich habe es mir aber mit meiner Fraktion zusammen lange überlegt: Es behindert doch mehr, als es hilft. Insofern kann ich mit Frau Karl gehen; ich kann aber besonders mit Herrn Adelt gehen, der sagt, wenn die

10-H-Regelung abgeschafft sei, werde es eine vernünftige Lösung geben, die allen gerecht werde.

(Zuruf)

– Ja, wir können unsere Meinung noch ändern. Wir können uns überzeugen lassen.

(Zuruf)

– Nein, Schwätzer!

(Heiterkeit)

Der Gemeinderat oder die Kommune können dann eben die Einhaltung einer 10-H-Regelung bestimmen. Das geht auch umgekehrt für den Fall, dass wir dann keine Landesregelung mehr hätten. Das würde gehen. In Nordrhein-Westfalen hat man das jetzt gerade gemacht. Dort kann die Kommune eine 10-H-Regelung festlegen; das geht.

Abgesehen von dieser ganzen Diskussion über Windkraft ist eines klar: Die größten Verhinderer der Windkraft waren in der Vergangenheit immer die grünen Naturschutzverbände. Immer wieder gibt es Naturschutzverbände, die klagen. Von den 222 Klagen gegen Luftreinhaltepläne oder anderes entfielen 59 auf die Verhinderung von Windkraftanlagen. Sie kamen immer aus der grünen Ecke.

Nun einmal zu den Fakten: Mit Windkraft schaffen wir es nicht! Ihr könnt in Bayern alle paar Kilometer ein Windrad hinstellen; es langt hinten und vorne nicht. – Stümpfig, du hast echt keinen Film! Du hast echt keine Ahnung. Ein Windrad läuft 2.000 und nicht 2.500 Stunden pro Jahr. Was machst du mit den restlichen 6.760 Stunden? – Man müsste das Vierfache bauen, um die Energie zwischenzuspeichern. Wo willst du die Dinger hinstellen? Das ist chancenlos!

Übrigens, liebe AfD, ist die sauberste und zuverlässigste Art der Energiegewinnung nicht das Kern-, sondern das Wasserkraftwerk. Das funktioniert nämlich tatsächlich

und dauerhaft. Dafür gibt es ein paar gute Beispiele, wie zum Beispiel das Schachtkraftwerk, das wir jetzt haben. Das sind die Dinge, die wir verfolgen müssen. Auch ich bin für die Energiewende, aber in Bayern. Wir können mit Photovoltaik überdachen und Spitzen in der Windkraft heraushauen. – Es wird nicht funktionieren! Es langt nicht.

Allein das Chemiedreieck braucht innerhalb der nächsten sechs Jahre 200 Terawattstunden pro Jahr. Chancenlos! Im Moment braucht ganz Bayern 80 Terawattstunden im Jahr. Wo soll die Energie herkommen? Wir werden uns darauf einrichten müssen, dass wir die Energie importieren müssen. Ich habe aber nichts dagegen, wenn wir uns zum Teil selbst versorgen. Ich habe kleine Orte besucht, die das in Eigenregie super machen. Alle Bürger sind daran beteiligt, damit sie auch etwas davon haben und auch wirklich sagen: Okay, wir haben die Energieversorgung vor der Haustür und wollen uns daran beteiligen. Sie sind dann natürlich auch selbst dafür verantwortlich, dass es funktioniert. Immer nur zu bauen, Energie zur Verfügung zu stellen, dafür Geld einzunehmen, aber in dem Moment, in dem Flaute herrscht, zu verlangen, dass die Allgemeinheit sie versorgt, kann auch nicht funktionieren. Es funktioniert nicht, sich immer den goldenen Schlitten zu holen.

Ihr habt es gehört: Wir haben mit der 10-H-Regelung kein Problem. Wir schauen über den Tellerrand hinaus. Wir machen mit, aber es langt nicht. Die GRÜNEN versuchen immer, uns zu erklären, dass es funktionieren und ausreichen würde. – Es langt hinten und vorne nicht. Das macht mich wirklich wahnsinnig. Vorhin hat Herr Stümpfig Berechnungen angestellt und gesagt, ein Windrad brächte 110 Megawatt oder Gigawatt pro Jahr. – Hast du Mega- oder Gigawatt gesagt?

(Zuruf)

– Es langt doch hinten und vorne nicht! So ein Windrad bringt 5 oder 6 Megawatt. Wenn das Ding nur 2.000 Stunden pro Jahr läuft, kannst du dir den Ertrag doch aus-

rechnen. Die Lücken sind viel zu groß. – Danke. Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon, Kollege Duin. – Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Vorsitzenden der AfD-Fraktion, Prof. Dr. Hahn.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Kollege Duin, was soll man zu Ihren Ausführungen sagen? Sie haben sich hier natürlich emotional sehr echauffiert. Ich habe allerdings die genaue Stoßrichtung nicht mitbekommen, warum Sie sich ausgerechnet über die GRÜNEN echauffieren, weil Sie hier heute ja bekannt haben, dass Sie eigentlich genau der Meinung der GRÜNEN sind. Auch Sie von der FDP wollen neuerdings jetzt wohl die 10-H-Regelung abschaffen, gegen die Umwelt, gegen die Natur und gegen die Menschen vor Ort. Sie haben selbst gesagt, Sie hätten vorher eine andere Meinung gehabt. Das heißt: Die FDP ist das Fähnlein im Winde; heute so, morgen so.

Zuletzt möchte ich Ihnen noch einmal Ihre Ausführung zur Wasserkraft vorhalten. Sie sagten, Wasserkraft wäre die tolle Lösung. – Pustekuchen! Das ist eine ganz schlechte Lösung. Ich kann Ihnen auch die Gründe nennen, warum das nicht weiter ausgebaut wird. Es ist so: Wenn Sie Wasserkraft nutzen, dann brauchen Sie Talsperren. Es ist heutzutage sehr schwierig, ganze Dörfer und Landschaften unter Wasser zu stellen. Es gelingt ja mit Ihrer tollen Energiewende noch nicht einmal, ein einziges Pumpspeicherwerk auf dem Jochberg zu installieren; so viel dazu. Insofern haben Sie hier klar bewiesen, dass Sie bei den GRÜNEN sind und das fachlich nicht richtig einschätzen können.

Albert Duin (FDP): Vielen Dank für diese Frage. Sie zeigt Ihre totale Unwissenheit. Ich habe von Schachtkraftwerken gesprochen. Davon gibt es eines in Bayern, das Sie noch nicht einmal kennen. Sie wissen auch nicht, wie es funktioniert. Es hat einen Durchmesser von 1,8 Metern und eine Falltiefe von 2 Metern. Das bedeutet ganz

wenig Aufwand, funktioniert ohne Talsperre und ohne Speicher. Das läuft einfach durch und erzeugt Energie; 250 Kilowatt pro Jahr. Immerhin.

(Zuruf)

– Natürlich! Das gibt es schon. Wenn ihr zu blind seid, durch die Gegend zu laufen, dann ist das euer Problem.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin technologieoffen. Ich lasse es ja zu. Ich will ja, dass alles versucht wird. Alles soll versucht werden, aber keiner soll meinen, er allein habe die seligmachende Lösung für das Ganze.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Duin. – Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus! Der Staat muss Schutzhaut seiner Bürger sein. Das gilt nicht nur beim Schutz vor aufsehenerregenden links-, rechts- oder terroristisch motivierten Mordattacken, wie kürzlich in Würzburg geschehen. Das gilt auch für ganz alltägliche ideologisch begründete und in der Kernwirkung bürgerfeindliche Grundsatzentscheidungen der Politik. Für Fehlentwicklungen, die das soziale, wirtschaftliche und alltägliche Leben oder aber betroffene Bürger vor Ort schädigen, braucht es Grenzlinien. Der Staat muss die Schutzhaut sein.

Die von der Seehofer-Regierung 2014 eingeführte 10-H-Regelung für den Bau von Windrädern ist eine wichtige Grenzlinie zum Erhalt des gesellschaftlichen Friedens und zum Schutz der Gesundheit der betroffenen Menschen vor Ort. Mit ihrem Gesetzentwurf will die SPD diese weise, vorausschauende und umsichtige Energiepolitik einer damals ethisch starken CSU kippen. Sie begründet das generell mit dem Klimaschutzziel schlechthin und im Speziellen mit dem massiv zunehmenden Strombedarf.

Warum diese Begründung falsch ist, haben wir heute schon mehrmals gehört. Herrn König gilt hier ganz besonders mein Dank.

Windkraft ist keine grundlastsichernde Energiequelle und ist in Bayern wegen zu geringer Energieeffizienz unrentabel. Windkraft ist rückbau- und entsorgungsbilanziert umweltschädlich, meine sehr verehrten Damen und Herren. Windkraft ist für anwohnende Menschen wegen Lärm und Schlagschatten gesundheitsschädlich. Windräder verschandeln unsere Kulturlandschaft und gefährden den Artenschutz. Windkraft ist ein Energiekostentreiber und fördert eigentlich nur die Schmutzenergie aus dem europäischen Ausland; Stichwort Kohlekraftwerke und Neubau derselben, die dann die Stabilität im Netz herstellen sollen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): – Ich komme zum Ende. – Liebe Frau Karl, ganz im Sinne der sozialistischen Hymne hören Sie und Ihre SPD-Fraktion klar die falschen Signale. Ihre Politik erscheint bürger-, ja sogar menschenfeindlich. CSU und FREI-EN WÄHLERN rate ich: Halten Sie an der 10-H-Regelung fest. Der Wähler wird es Ihnen danken.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sie haben gute Argumente. – Danke sehr.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall und damit so beschlossen.